Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12986**

18. Wahlperiode 28.06.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/12548 –

Globalabkommen mit Mexiko aussetzen

A. Problem

Aussetzen der Verhandlungen zwischen der EU und Mexiko über eine Aktualisierung des Globalabkommens; Überprüfung des bestehenden Globalabkommens auf negative menschenrechtliche, ökologische und soziale Auswirkungen; Anfertigung einer menschenrechtlichen Folgenabschätzung des bestehenden und des derzeit neu verhandelten Globalabkommens von einem unabhängigen Institut in Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/12548 abzulehnen.

Berlin, den 28. Juni 2017

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Andreas G. Lämmel
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht des Abgeordneten Andreas G. Lämmel

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/12548** wurde in der 236. Sitzung des Deutschen Bundestages am 31. Mai 2017 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion DIE LINKE. soll das Globalabkommen mit Mexiko ausgesetzt werden, da dessen Vertiefung die wirtschaftliche und soziale Situation in dem Land weiter zu verschlechtern drohe. Entgegen der Prognosen neoliberaler Ökonomen habe die Liberalisierungspolitik der Regierung für das Land erhebliche negative Auswirkungen sowohl wirtschaftlicher als auch gesellschaftlicher Art gebracht und eine nachhaltige und soziale Entwicklung verhindert. Die Bundesregierung wird aufgefordert auf ein Aussetzen der Verhandlungen zwischen der EU und Mexiko über eine Aktualisierung des Globalabkommens zu drängen und insgesamt von einer Vertiefung der Freihandelspolitik zwischen der EU und Mexiko abzusehen. Stattdessen solle sie ein entwicklungsförderliches Handelsmandat entwerfen und eine menschenrechtliche Folgenabschätzung des bestehenden und des derzeit neu verhandelten Globalabkommens von einem unabhängigen Institut in Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen anfertigen lassen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/12548 in seiner 97. Sitzung am 21. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrecht und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/12548 in seiner 91. Sitzung am 28. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/12548 in seiner 86. Sitzung am 28. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/12548 in seiner 90. Sitzung am 28. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/12548 in seiner 119. Sitzung am 28. Juni 2017 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. von Behauptungen strotze, die durch nichts gedeckt seien. In Wahrheit sicherten die in Mexiko getätigten Investitionen Einkommen, Lohn

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

und Brot für die Bevölkerung in Mexiko. Mexiko sei unbestreitbar ein sehr wichtiger Partner für Deutschland. Die Europäische Union verhandle bei ihren Handelsabkommen die international höchsten Standards. Diese zählten zu den modernsten Abkommen weltweit. Die Beziehungen zu Mexiko abzubrechen, so wie dies im Antrag der Fraktion DIE LINKE. gefordert werde, nutze niemandem. Im Gegenteil, durch die Verhandlungen zwischen Europa und Mexiko könne man Einfluss nehmen auf eine positive Entwicklung des politischen und des wirtschaftlichen Systems in Mexiko. Die Verhandlungen mit Mexiko müssten daher intensiviert werden, um zu einem Abkommen zu kommen.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass sich der Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Wesentlichen auf Berichte des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL), von Misereor und Brot für die Welt stütze. Solche Berichte seien wichtig, weil dort in der Tat Probleme und unbefriedigende Entwicklungen beschrieben würden, wie sie auch in Mexiko stattfänden. Allerdings könne man dafür nicht einfach den Freihandel verantwortlich machen. Hier seien durchaus auch andere Ursachen zu berücksichtigen. Die Forderung nach Einführung bzw. Verstärkung von Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsklauseln sei durchaus unterstützenswert. Es mache aber keinen Sinn, die strategische Partnerschaft mit Mexiko aufzugeben. Es sei jetzt die Chance gegeben, mit Mexiko, aber auch mit den anderen Ländern Lateinamerikas zu intensiveren Handelsbeziehungen zu kommen und sie von der Abhängigkeit von den USA etwas zu befreien. Die im Antrag geforderte Aussetzung der Verhandlungen mache daher überhaupt keinen Sinn.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legte dar, in Mexiko könne man sehr gut die praktischen Wirkungen von Freihandelsabkommen über einen längeren Zeitraum beobachten. Das Bruttoinlandsprodukt sei in Mexiko halb so schnell gewachsen wie im Rest Lateinamerikas im gleichen Zeitraum. Während die Armut im übrigen Lateinamerika halbiert worden sei, sei sie in Mexiko auf demselben Stand wie vor zwanzig Jahren geblieben. Durch die in Mexiko getätigten Agrarinvestitionen habe eine Vielzahl von Bauern in Mexiko ihre Existenzgrundlage verloren. Die Großkonzerne beherrschten den Markt für Saatgut. Hochgiftige Pestizide, die in der Europäischen Union verboten seien, seien in Mexiko zugelassen. All dies sei auch das Ergebnis von den Handelsabkommen, die mit Mexiko abgeschlossen worden seien. Das Lohnniveau in Mexiko betrage 42 % des Niveaus der Volksrepublik China. Mit dem Globalabkommen werde eine Fortsetzung dieser Politik angestrebt und würden Fehlentwicklungen weiter verschärft. Daher fordere die Fraktion DIE LINKE. die weiteren Verhandlungen auszusetzen und über eine andere Zielrichtung der Handelspolitik in Richtung auf eine Entwicklung der Partnerländer nachzudenken.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, sie teile die kritische Haltung der Fraktion DIE LINKE. mit Blick auf die aktuelle Verhandlungsagenda. Insbesondere auch die Tatsache, dass wieder über Staat-Investor-Streitschlichtungsmechanismen verhandelt werde, sehe sie kritisch. Derartige Bestimmungen hätten in einem solchen Abkommen nichts verloren. Wichtig sei es jetzt eine positive handelspolitische Perspektive für Mexiko herauszuarbeiten. Hier stehe die Europäische Union auch in der Verantwortung. Deshalb bejahe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Vertiefung der Handessbeziehungen zu Mexiko und den Abschluss eines neuen Handelsabkommens, allerdings mit einer anderen Agenda. Dafür müsse sich die Bundesregierung bei der EU-Kommission einsetzen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/12548 zu empfehlen.

Berlin, den 28. Juni 2017

Andreas G. Lämmel
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.